

STATISTISCHES BUNDESAMT

PROTOKOLL

über die

9. Tagung des Statistischen Beirats

8. und 9. Mai 1962 — Wiesbaden

STATISTISCHES BUNDESAMT

Abt. I

P r o t o k o l l

über die 9. Tagung des Statistischen Beirats
am 8. und 9. Mai 1962 in Wiesbaden

A n w e s e n d e :

=====

Präsident Dr.Dr.h.c. Fürst Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(als Vorsitzender)

A. Vertreter der Bundesministerien:

Dr. Raabe	Bundesmin.f.Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. Gemünd	Auswärtiges Amt	Bonn
Dr. Wegner	Bundesmin.d.Innern	Bonn
Wahl	" d.Justiz	Bonn
Dr. Schiettinger	" d.Finanzen	Bonn
Dr. Häfner	" f.Ernährung, Landw. und Forsten	Bonn-Duisdorf
Bantzer	" "	Bonn-Duisdorf
Dr. Knolle	" f.Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
P. Schmidt	" f.Verkehr	Bonn
Dr. Saake	" "	Bonn
Schöll	" f.d.Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Arlt	" "	Bonn
Dr. Essen	" f.Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	Bonn

Fr. Dr. Drechsler	Bundesmin.f.gesamtdeutsche Fragen	Bonn
Dr. Frh. v. Buttlar	Bundesschatzministerium	Bad Godesberg
Dr. Ziesmer	Bundesmin.f.Gesundheits- wesen	Bonn
Dr. Malzbender	Bundesrechnungshof	Frankfurt a.M.
Dr.-Ing. Efmert	Deutsche Bundesbahn	" " "
Dr. Weinhold	Deutsche Bundesbank	" " "
Dr. Hanau	" "	" " "

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Horn	Stat. Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Deneffe	Stat. Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Nieders.Landesverwaltungs- amt - Statistik -	Hannover
Dr. Tetzlaff	Stat. Landesamt Bremen	Bremen
Dr. Lohmann	" " Nordrhein- Westfalen	Düsseldorf
Dr. Hüfner	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Kaiser	Hess.Stat.Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Stat.Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Dr. Werber	Stat.Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Haas	Bayer.Stat.Landesamt	München
Dr. Raab	" " "	München

Dr. Götz	Stat.Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Bungert	" " " "	Saarbrücken
Katsch	" Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Dr. Buhrow	Deutscher Städtetag	Köln
Cholewa	Deutscher Gemeindetag	Bad Godesberg
Dr. Behrens	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Prof.Dr. Herrmann	Bundesverband der Deutschen Industrie	Köln
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Schünemann	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Dr. Frerichs	Gesamtverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn
Beenken	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft	Köln
Sardemann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt a.M.
Dr. Spiegelhalter	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Braun	Ständige Konferenz der Hauptgeschäftsführer der Verbände des Verkehrs	Köln
Fr. Dörfelt-Claus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen	Köln

Prof. Dr. Gleitze	Wirtschaftswissenschaftliches Insitut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Schröder-Brzosniowsky	Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Köln
Dr. Hülnden	Deutscher Beamtenbund	Bad Godesberg
Dr. Hanstein	Arbeitsgemeinschaft Deutscher Wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute	Bonn
Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung)	Berlin-Dahlem
Dr. Bischoff	Verein Statistik der Kohlenwirtschaft	Essen
Dr. Schwenzner	Arbeitskreis zur Förderung der Marktforschung auf europäischer Ebene	Hamburg
Wendt	" "	Hamburg

D. Vertreter der Landesregierungen

Vogel	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Fr. Dr. Marizy	Der Hessische Ministerpräsident - Staatskanzlei -	Wiesbaden
Dr. Nalbach	Saarländisches Ministerium des Innern	Saarbrücken
Magen	Senator für Inneres	Berlin

E. Statistisches Bundesamt

Die Abteilungsleiter Dr. Schucht, Dr. Szameitat, Dr. Bartels, Dr. Rauterberg, Dr. Richter, Schweda, Dr. Horstmann, Mengert, Prof. Dr. Dr. Koller; die Hauptreferenten und Referenten.

T a g e s o r d n u n g
=====

Allgemeine Diskussionsunterlage:

Der Bericht über "Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes - 1961"

1. Sitzungstag

Seite

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1961 und Ausblick auf neue Aufgaben

1. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums	1
2. Rechtsgrundlagen und Rechtsfragen der Bundesstatistik	4
3. Arbeits- und Zeitpläne für 1961 bis 1963	4
4. Die Beirats- und Fachausschußarbeit	4

II. Ausgewählte Probleme und Arbeiten

1. Die Neuordnung der Amtsveröffentlichungen (Allgemeine Probleme und Veröffentlichungssystem) . .	7
2. Ein neues Systematisches Güterverzeichnis des Privaten Verbrauchs	7
3. Probleme der Aufstellung einheitlicher Warensystematiken für die Europäischen Gemeinschaften . . .	8
4. Aufstellung von Input-Output-Tabellen für die Europäischen Gemeinschaften	9
5. Statistische Beiträge zur Messung der Konzentration	9
6. Zählungswerk 1961/62	10
7. Industriezensus 1963	10

	<u>Seite</u>
8. Weiterentwicklung der Finanzstatistik	12
9. Stand der Arbeiten bei der Umstellung der Indices auf das Basisjahr 1958	14
10. Zum Einsatz elektronischer Rechenanlagen	15
III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen	16
IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der in- ternationalen statistischen Arbeit	16

2. Sitzungstag

B. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik	17
II. Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaft- liche Gesamtrechnungen	18
III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik	19
IV. Industrie- und Handwerksstatistik	20
V. Handels- und Verkehrsstatistik	23
VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens	24
VII. Finanz- und Steuerstatistik	25
VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik	26
IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes	27
C. <u>Tätigkeit des Bundeswahlleiters</u>	27

Wortlaut des Protokolls:

=====

1. Sitzungstag (8. Mai 1962)

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer und gibt die seit der letzten Beiratstagung eingetretenen Veränderungen im Kreis der Beiratsmitglieder bekannt. Die Versammlung gedenkt der verstorbenen Mitglieder, Direktor C h a n d o n (Statistisches Landesamt Nordrhein-Westfalen) und Präsident S c h a c h t n e r (Bayerisches Statistisches Landesamt).

Der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Prof. Dr. G l e i t z e , beglückwünscht Präsident Dr. F ü r s t im Namen des Beirats zur Vollendung seines 65. Lebensjahres und zur Verlängerung seiner Amtszeit. Dr. Fürst dankt für diese und alle anderen Glückwünsche, die ihm hierzu von den Beiratsmitgliedern übermittelt worden sind.

Zur Tagesordnung sind, wie der Vorsitzende feststellt, auch diesmal keine Wünsche geäußert worden, so daß es bei dem vorgesehenen Tagungsprogramm bleibt.

A. Allgemeiner Teil

I. Überblick über die Arbeiten im Jahre 1961 und Ausblick auf neue Aufgaben

1. Die erreichte und angebahnte Vervollständigung des statistischen Instrumentariums

Der Vorsitzende erwähnt einleitend die wichtigsten Arbeiten des vergangenen Jahres, die zur weiteren Verbesserung und Vervollständigung des Gesamtbildes über die Wirtschaftsstruktur und den Wirtschaftsablauf in der Bundesrepublik beigetragen haben. Zur Anregung der Diskussion weist er auf Verlautbarungen in der Öffentlichkeit hin, die sich mit den "Mängeln im statistischen

Gesamtbild", den Möglichkeiten für "eine bessere Konjunkturdiagnose" und schließlich der Bildung eines Ausschusses zur theoretischen und organisatorischen Vorbereitung eines statistischen Programms befassen. Dabei wird für dieses Gremium eine Zusammensetzung empfohlen, wie sie etwa der - ähnliche Funktionen ausübende - Statistische Beirat aufweist. In welchem Ausmaß in anderen Staaten Mittel zur Erweiterung des statistischen Programms eingesetzt werden, zeigt ein Blick auf die im Budget der USA für 1963 vorgesehenen Aufwendungen für die Statistik.

In der Diskussion über die wichtigsten noch zu schließenden Lücken des statistischen Gesamtbildes betont der Vertreter der Deutschen Bundesbank die Notwendigkeit einer kurzfristigen Statistik der Lagerbestände und einer Statistik der Auftragsbestände. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie empfiehlt, sich bei der Lagerbestandsstatistik zunächst auf die Feststellung des Lagervolumens, bzw. auf eine reine Mengestatistik, bei der die schwierigen Bewertungsfragen außer acht gelassen werden, zu beschränken. Das Vorhaben würde dann sicher auch von den Verbänden unterstützt werden. Während der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für diese Statistik zunächst eine jährliche Periodizität als voll ausreichend ansieht, ist der Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels der Auffassung, daß auf diesem Gebiet eine halbjährliche repräsentative Erhebung durchführbar sei. (Siehe auch S. 23.) Auf die ständig zunehmende Bedeutung, die einer Statistik der Lagerbestände in allen Bereichen der Wirtschaft für die Konjunkturdiagnose zukommt, verweist der Direktor des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. Er sieht auch auf seiten der Befragten keine größeren Schwierigkeiten, da aus dem modernen Rechnungswesen hierüber in der Regel entsprechende Angaben zu entnehmen sind. Das Statistische Bundesamt wird, soweit arbeitsmäßig vertretbar, die Möglichkeiten für die vom Beirat gewünschte Entwicklung der Lagerstatistik prüfen.

Ein weiterer Mangel im statistischen Instrumentarium wird vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft darin gesehen, daß noch keine Vorstellungen über die Einkommens- und Vermögensbildung

nach bestimmten Bevölkerungsgruppen bestehen. Vom Statistischen Bundesamt wird in diesem Zusammenhang vor allem auf die Möglichkeiten, die durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gegeben sein werden, hingewiesen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß die wachsenden Anforderungen an die amtliche Statistik für das Statistische Bundesamt große Schwierigkeiten mit sich bringen. Diese ergeben sich vor allem aus der Personalsituation des Amtes. Für die Beamten des höheren und gehobenen Dienstes sind die Beförderungsmöglichkeiten völlig unzureichend. Die für neue Aufgaben dringend benötigten Beamten- und Angestelltenstellen sind bisher nicht bewilligt worden. Stellen und Mittel für die immer stärker anwachsenden internationalen Aufgaben fehlen noch vollständig. Dies gilt auch für die zusätzlichen Arbeiten, die im Zusammenhang mit der Förderung der Wissenschaft anfallen. Dabei dürfe man nicht übersehen, daß auch die Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit im Bundesamt selbst eine Förderung der Grundlagen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bedeute. Dazu kommt, daß die Diplom-Volkswirte bei der Übernahme in das Beamtenverhältnis immer noch als "Aussenseiter" behandelt werden, daß sich für die inzwischen eingerichtete Laufbahn des höheren wirtschaftswissenschaftlichen Dienstes Bewerber nur in ganz unzureichendem Maße gemeldet haben und daß schließlich die vorhandenen Kräfte in immer stärkerem Maße das Bestreben zeigen, in gut bezahlte Stellen internationaler Organisationen abzuwandern. Im Bundesministerium des Innern, nicht zuletzt beim Minister selbst, ist das Amt bei seiner schwierigen Situation durchaus auf Verständnis gestoßen. An Versuchen, die berechtigten Anliegen des Amtes zu fördern, hat es, wie der Vertreter dieses Ministeriums ausführt, nicht gefehlt, ihre Verwirklichung ist jedoch bisher daran gescheitert, daß der Bundesminister der Finanzen generell Verbesserungen und Ausweitungen der Stellen für Beamte und Angestellte abgelehnt hat. Der Vertreter dieses Ministeriums sagt seine Unterstützung zu, macht jedoch auf die schwierige Haushaltssituation aufmerksam und bestätigt, daß die beamtenrechtliche Situation (Behandlung der Volkswirte im Statistischen Bundesamt als "Aussenseiter") nicht sehr glücklich sei und vor allem auch in

diesem Punkt Abhilfe geschaffen werden müsse. Präsident Dr. Fürst dankt den Vertretern der beiden Ministerien für ihre verständnisvolle Einstellung und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, die Stellensituation des Amtes bald entscheidend zu verbessern.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz erklärt, daß angesichts der erheblich attraktiveren Möglichkeiten, wie sie außerhalb des statistischen Dienstes geboten werden, es auch für viele Statistische Landesämter immer schwieriger wird, qualifizierte Kräfte für den höheren Dienst zu bekommen bzw. die vorhandenen zu halten.

2. Rechtsgrundlagen und Rechtsfragen der Bundesstatistik

3. Arbeits- und Zeitpläne für 1961 bis 1963

4. Die Beirats- und Fachausschußarbeit

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes bittet, dafür zu sorgen, daß das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke nach zehnjähriger Praxis in einigen Punkten geändert wird (z.B. die dreijährige Laufzeit und die 500 000 DM-Grenze für Verordnungen sowie vor allem die Geheimhaltungsbestimmungen). Im Statistischen Bundesamt werden schon seit einiger Zeit Vorarbeiten für ein Ergänzungsgesetz geleistet, in das u.a. auch Bestimmungen über die Durchführung supranationaler Statistiken aufgenommen werden sollen.

Vom Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft wird die Frage aufgeworfen, ob die nachträgliche Erweiterung einer bestehenden Statistik durch tiefere Aufgliederung an sich erfragter Merkmale ein besonderes Änderungsgesetz erfordere. Die Frage ist, wie Präsident Dr. Fürst berichtet, auf der letzten Amtsleiterkonferenz verneint worden. Grundsätzlich ist für umfangreiche Programmerweiterungen, die mit zusätzlichen Kosten verbunden sind, lediglich ein Auftrag des fachlich zuständigen Bundesressorts und die entsprechende Bereitstellung der Mittel durch die Finanzministerien notwendig.

Der Vertreter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen erklärt, daß er und seine anwesenden Kollegen aus anderen Ländern einmal aus eigener Anschauung einen Eindruck von der Arbeitsweise der Statistiker erhalten wollen, zum anderen aber auch - insbesondere vor den Vertretern der Bundesressorts - die Auffassungen der Länder zu grundsätzlichen Fragen der Bundesstatistik zu Gehör bringen möchten. Man sei bei den Landesregierungen von der Notwendigkeit ausreichender amtlicher Statistiken überzeugt. Bei der Planung neuer Vorhaben solle aber auch von den Bundesstellen an die kostenmäßigen Auswirkungen bei den Ländern gedacht und stets versucht werden, beide Seiten zu berücksichtigen. Es bestände der Eindruck, daß hier und da die Gefahr gegeben sei, daß Statistik als Selbstzweck betrieben werde. Es müsse Grenzen bei der Befragung geben, denn man "müsse nicht alles wissen". Dies gelte auch für die Wirtschaftsstatistik, denn die Marktwirtschaft funktioniere auch ohne detaillierte Zahlenunterlagen. Ebenso dürften amtliche Statistiken nicht nur auf Grund von Verbandsinteressen geführt, sondern die Wünsche der Verbände könnten allenfalls mit berücksichtigt werden. Der Vertreter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen verweist auf einen soeben veröffentlichten Bericht der Kommission der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Verwaltungsvereinfachung über "Rationalisierungsmöglichkeiten auf dem Gebiet der Statistik". Da die Notwendigkeit neuer Statistiken in Nordrhein-Westfalen zunächst im "Interministeriellen Landesausschuß für Statistik" geprüft werden muß, werden die Vertreter der Bundesressorts gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß in den Begründungen zu den Rechtsgrundlagen künftig konkrete Angaben über den Zweck der Statistik gemacht werden.

Präsident Dr. Fürst bedauert, daß der Vertreter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht an früheren Sitzungen des Beirats und seiner Gremien teilgenommen und sich davon überzeugt hat, wie wenig hier Statistik als Selbstzweck oder gar als "Hobby" getrieben wird. Die moderne Wirtschaftspolitik erfordere nun einmal ein ausreichendes, gut funktionierendes Instrumentarium der Wirtschaftsbeobachtung für die Lenkung des Staatsschiffs. Es gehe dabei weniger darum, Unterlagen für die Beseitigung konkreter Miß-

stände zu schaffen, als vielmehr darum, vorzubeugen und Gefahren und Schwierigkeiten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Da der Bund für die Wirtschaftspolitik zuständig sei, brauche er naturgemäß Unterlagen, die zum Teil von den Ländern nicht benötigt würden. Darüber, daß keine "unnötige" Statistik betrieben würde, wache neben dem Interministeriellen Ausschuß für Rationalisierung und Koordinierung der Statistik vor allem auch der Statistische Beirat mit seinen Fachausschüssen. Es wäre daher wünschenswert, daß sich die Ländervertreter stärker als bisher an der Arbeit dieses Gremiums beteiligen, um sich dabei auch mit den fachlichen Fragen mehr vertraut zu machen.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft zeigt an dem Beispiel der Lagerstatistik und der Investitionsstatistik, daß in den Begründungen zu wirtschaftsstatistischen Gesetzen sehr häufig nicht die "konkreten Verwaltungsmaßnahmen", für die die Statistiken benötigt werden, angegeben werden können, da sie ein Konjunkturbarometer sind, mit dessen Hilfe rechtzeitig Krisensituationen erkannt werden können. Auch die Leiter der Statistischen Landesämter von Bayern und Baden-Württemberg wenden sich gegen die Ansicht, Statistik werde um ihrer selbst willen betrieben. Sie bestätigen, daß das Statistische Bundesamt die Interessen der Länder nicht verletzt und deren Vertreter jederzeit in den verschiedenen Fachgremien hört. Gegen die Auffassung, daß Statistik in der Marktwirtschaft von sekundärer Bedeutung sei, wendet sich neben dem Vorsitzenden auch der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen. Er gibt zu bedenken, daß Sparsamkeit am falschen Platz sich hier teuer bezahlt machen könnte. Auch der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung unterstreicht die Auffassungen des Statistischen Bundesamtes und weist darauf hin, daß der Glaube, daß man die Wirtschaft sich selbst überlassen könne, der Vergangenheit angehöre.

Der Vertreter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen betont, daß er die Arbeitsweise des Statistischen Bundesamtes nicht angegriffen, sondern seine Bemerkungen, die sich im einzelnen u.a. gegen eine zu starke Aufgliederung der Erhebungstatbestände in den Fragebogen und gegen eine Befragung in zu kurzen Zeitabständen wen-

den, an die Adresse der Bundesressorts gerichtet habe. Auf Wunsch der Teilnehmer wird er veranlassen, daß das genannte Gutachten allen Beiratsmitgliedern übersandt wird.

II. Ausgewählte Probleme und Arbeiten

1. Neuordnung der Amtsveröffentlichungen (Allgemeine Probleme und Veröffentlichungssystem)

Nach einem kurzen einleitenden Bericht des Statistischen Bundesamtes wird aus dem Kreis der Beiratsmitglieder angeregt, daß in den Amtsveröffentlichungen künftig auf die jeweils letzte methodische Einführung hingewiesen und neuen Veröffentlichungsverzeichnissen ein Stichwortverzeichnis beigegeben wird. Ob und inwieweit sich aus der Neuordnung der Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes auch Konsequenzen für das Veröffentlichungssystem der Statistischen Landesämter ergeben, soll im Arbeitskreis "Veröffentlichungswesen der Statistischen Landesämter" unter Beteiligung des Bundesamtes erörtert werden.

2. Ein neues Systematisches Güterverzeichnis des Privaten Verbrauchs

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz auf die grundsätzlichen Überlegungen hingewiesen, die bei der Ausarbeitung dieses Verzeichnisses angestellt worden sind. Dabei wurden noch einmal die Möglichkeiten und die besonderen Probleme der Gliederung des Privaten Verbrauchs (vor allem nach dem Verwendungszweck und nach der Dauerhaftigkeit der Güter) herausgestellt. Nach eingehender Diskussion haben die Fachausschüsse "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", "Systematiken" und "Preis- und Lohnstatistik" in einer gemeinsamen Sitzung dem Verzeichnis mit geringfügigen Änderungsvorschlägen zugestimmt. Vor Aufnahme der weiteren Arbeiten, insbesondere auch dem vorgesehenen alphabetischen Verzeichnis, soll zunächst versucht werden, eine Abstimmung mit der inzwischen vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften aufgestellten Systematik zu erreichen. Die zeitlichen Pläne für die Anwendung der neuen Systematik, nach denen der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung fragt, sehen vor, daß das Verzeichnis als erstes im Herbst 1962 bei den Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen (zunächst nur grobe Gliederung nach höchstens 10 Hauptgruppen) und dann bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe und den laufenden Wirtschaftsrechnungen angewandt werden soll. Für die Preisstatistik werden in einer gewissen Übergangszeit das alte und das neue Gliederungsschema nebeneinander benutzt werden.

3. Probleme der Aufstellung einheitlicher Warensystematiken für die Europäischen Gemeinschaften

Bei der Aufstellung von Warensystematiken auf europäischer Ebene stehen, wie vom Statistischen Bundesamt erläutert wird, die Koordinierung der EWG-Systematiken untereinander und die Abstimmung der deutschen Systematiken mit den entsprechenden EWG-Systematiken im Vordergrund. Dieses Gebiet ist ein Musterbeispiel dafür, welche umfangreichen und schwierigen Arbeiten auf die Bundesstatistik zugekommen sind und in der nächsten Zeit noch zukommen werden, ohne daß diese zusätzliche Belastung des Amtes einen Niederschlag in Gesetzen oder Verordnungen findet. Solange die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialstruktur im EWG-Raum noch nicht vereinheitlicht ist und die nationalen Belange von den internationalen abweichen, wird es nicht möglich sein, die EWG-Systematiken - unter Aufgabe der eigenen Systematiken - für die Zwecke der Bundesstatistik zu übernehmen. Erschwert wird dieser Schritt auch dadurch, daß in den EWG-Systematiken nicht immer die fortschrittlichsten und klarsten Lösungen ihren Niederschlag gefunden haben. Vorläufig wird daher in fast allen Fällen noch mit doppelter Aufbereitung oder mit Signierschlüsseln gearbeitet werden müssen, um die Ergebnisse jeweils nach beiden Nomenklaturen erstellen zu können.

Der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften hält es für geboten, die politischen Instanzen und die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, daß die europäische Integration auch auf dem Gebiet der amtlichen Statistik nicht unbeträchtliche zusätzliche Kosten verursachen wird.

4. Aufstellung von Input-Output-Tabellen für die Europäischen Gemeinschaften

Auch bei der Aufstellung von Input-Output-Tabellen handelt es sich, wie vom Statistischen Bundesamt berichtet wird, um eine größere Arbeit für supranationale Zwecke, der sich das Amt nicht entziehen kann. Im Gegensatz zur "Matrix der Güterumsätze" umfaßt die "Matrix der Produktionsverflechtungen", abgesehen von ihren anderen Gliederungsprinzipien, im Prinzip alle, d.h. auch die nicht über den Markt gehenden, innerbetrieblichen Güterströme. Während sich bei der Diskussion über die Preisbasis für die Bewertung der Güterströme der auch von deutscher Seite vertretene Standpunkt durchgesetzt hat, ist die Diskussion über die Abgrenzung der Gütergruppen noch nicht beendet. Durch diesen zeitraubenden und zusätzliche Kosten verursachenden Auftrag haben sich leider die Arbeiten an der Darstellung der Marktverflechtungen, nach denen sich der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung erkundigt, verzögert. Es ist zu hoffen, daß sie im Sommer 1962 für einige Berichtsjahre fertiggestellt werden können.

5. Statistische Beiträge zur Messung der Konzentration

Präsident Dr. Fürst weist darauf hin, daß die Bereitstellung von statistischem Material für die Konzentrationsuntersuchung wahrscheinlich auch einen gewissen Einfluß auf einige grundsätzliche Überlegungen zum statistischen Programm ausüben werde. Die Richtigkeit der alten Forderung des Statistischen Bundesamtes nach Unternehmensdaten hat sich ebenso bestätigt wie die Erkenntnis, daß die Nettoleistung einen besseren Maßstab für die Unternehmensleistung darstellt als Umsätze, Beschäftigte u.dgl. Außerdem hat sich bei der Aufstellung sogenannter "morphologischer" Tabellen (sie zeigen, wie sich Unternehmen innerhalb eines Wirtschaftszweiges von einer Größenklasse zur anderen entwickelt haben) bestätigt, daß die allzu starren Geheimhaltungsbestimmungen einer gewissen Lockerung bedürfen.

Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sieht in den Arbeiten an der Konzentrationsenquete auch ein Beispiel

für das gute Zusammenwirken von amtlicher Statistik und Verbandsstatistik. Er weist ferner auf eine europäische Mittelstandsuntersuchung hin, die zur Zeit bei der EWG-Kommission läuft, und fragt nach den Konsequenzen, die sich z.B. daraus ergeben, daß dort mit anderen Begriffen (z.B. für Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe) als in der deutschen Industriestatistik gearbeitet wird. Der Vorsitzende hält die deutsche Ausgangsposition mit ihrer in anderen Ländern unbekanntem Dreiteilung des produzierenden Gewerbes in Industrie, Handwerk und Kleingewerbe nicht für günstig. Wahrscheinlich wird eine Abstimmung und Zusammenfassung dieser drei Gruppen notwendig sein, damit am Ende vergleichbare Ergebnisse für das "produzierende Gewerbe" anfallen.

6. Zählungswerk 1961/62

Vom Statistischen Bundesamt wird kurz auf das positive Ergebnis der Öffentlichkeitsarbeit bei der "Volkszählung 1961", die voraussichtlichen Termine für die Fertigstellung der Ergebnisse und auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich aus dem Einsatz elektronischer Rechanlagen ergeben. Die Anlagen ermöglichen es, detaillierte Regionalergebnisse bereits zu einem relativ frühen Zeitpunkt zu ermitteln; andererseits ist jedoch ein "Vorziehen" bestimmter Ergebnisse nicht möglich, ohne den gesamten Aufbereitungsablauf empfindlich zu stören. Aus diesem Grunde kann auch dem Wunsch des Vertreters des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung nach vorzeitiger Feststellung von Globalzahlen über die Erwerbsspersonen nach der sozialen Stellung und nach Wirtschaftszweigen für das Bundesgebiet nicht entsprochen werden. Die Möglichkeit, Vorweg-Aufbereitungen mit Hilfe einer Stichprobe aus Gemeinden vorzunehmen, ist bei früheren Beratungen nach gründlicher Überlegung fallen gelassen worden, um nicht die Kontinuität der Aufbereitung zu stören und die Ermittlung der Gesamtergebnisse zu verzögern.

7. Industriezensus 1963

Die Sitzungsteilnehmer werden vom Statistischen Bundesamt über den derzeitigen Stand des Vorhabens unterrichtet. Für die Bun-

desrepublik erfordert die Beteiligung an dem einheitlichen Programm der EWG vor allem eine Nettoleistungs- und Investitionserhebung in der Industrie (einschließlich Bauindustrie), eine entsprechende Erhebung bei den Unternehmen der Energieversorgung sowie gewisse Erweiterungen der ohnehin für 1963 vorgesehenen Handwerkszählung (totale Grunderhebung mit gegenüber 1956 eingeschränktem Programm sowie repräsentative Anschlußerhebung). Nachdem das Programm beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften im März 1962 endgültig festgelegt worden ist, hat die Kommission der EWG im April die Mitgliedstaaten in einem Schreiben zur Durchführung dieses Programms aufgefordert. Das Schreiben wurde inzwischen den Bundesministerien zur Stellungnahme zugeleitet. Als Rechtsgrundlagen werden ein neues (2.) Änderungsgesetz zum Gesetz über die Industriestatistik, ein Gesetz über die Handwerkszählung und - anstelle der ohnehin auslaufenden Rechtsverordnung - ein Gesetz über die Erhebungen im Bereich der Energieversorgung benötigt. Es ist vorgesehen, die Gesetze nicht nur auf den Fall des "Industriezensus 1963", sondern auch auf Wiederholungen der Erhebungen abzustellen. Zur Zeit wird im Statistischen Bundesamt an den Fragebogen sowie an einer Gegenüberstellung der deutschen und der EWG-Systematik gearbeitet. Entwürfe der Tabellenprogramme und erste Kostenvoranschläge, die noch mit den Statistischen Landesämtern abzustimmen sind, werden in Kürze folgen. Außerdem wird versucht werden, möglichst bald einen Terminplan aufzustellen, der allerdings weitgehend vom Verlauf der Gesetzgebungsprozedur abhängt.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft berichtet ergänzend, daß auch ohne offizielle "Richtlinie" der Aufforderung der EWG von allen Mitgliedstaaten nachgekommen wird, daß jedoch in Einzelheiten gewisse Abweichungen zu verzeichnen sind. So wird z.B. in der Bundesrepublik das Handwerk gesondert erfaßt, und der Verbrauch von wichtigen Grundstoffen evtl. erst zu einem späteren Zeitpunkt erhoben werden. Demnächst werden Besprechungen mit den Wirtschaftsministerien der Länder und mit den Bundesressorts stattfinden. Die Gesetzentwürfe sollen nach

Möglichkeit noch vor der Sommerpause vom Kabinett verabschiedet und evtl. bereits im 1. Durchgang vom Bundesrat behandelt werden.

Hinsichtlich der evtl. nachträglich zu erhebenden Teile des Programms bittet der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie um rechtzeitige Mitteilung, damit die Betroffenen die notwendigen Anschreibungen vornehmen können. Er schlägt außerdem vor, für den gesamten Komplex des Industriezensus ähnlich wie bei der Volkszählung 1961 die Öffentlichkeit nach einem vorbereiteten Programm zu informieren.

Vom Leiter des Statistischen Landesamtes Hamburg wird die Frage aufgeworfen, warum im Zusammenhang mit dem Zensus eine totale Handwerkszählung notwendig sei, die Fragen enthalte, die mit der produktionstechnischen Seite nichts zu tun haben. Seiner Auffassung nach könnten auch die Fragen für das Mittelstandsprogramm, auf das von seiten des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Statistischen Bundesamtes hingewiesen wird, repräsentativ erhoben werden. Abgesehen von der Frage, ob die Eintragungen in der Handwerksrolle überhaupt als Grundlage für eine Stichprobe geeignet sind, ergibt die Diskussion, daß letzten Endes die Frage des Bedarfs an Regionalergebnissen aus den Grundfragebogen entscheidend sein wird. Bei unterschiedlicher Auffassung der Diskussionspartner wird jedoch abschließend die Notwendigkeit einer Totalerhebung ganz überwiegend anerkannt. Es soll jedoch sorgfältig überlegt werden, welche Teile des Programms evtl. noch in die geplante repräsentative Anschlußerhebung aufgenommen werden können. Auf die Notwendigkeit der Totalerhebung wird in der Begründung zum Gesetzentwurf besonders hingewiesen werden.

8. Weiterentwicklung der Finanzstatistik

In einem kurzen Bericht wird vom Statistischen Bundesamt auf die wichtigsten Pläne zur Aktualisierung, Rationalisierung und inhaltlichen Verbesserung der Finanzstatistik hingewiesen und über den derzeitigen Stand der Überlegungen im Anschluß an die vor einiger Zeit durchgeführte Konsumentenbefragung berichtet.

Zur Aktualisierung soll vor allem die möglichst schnelle Bekanntgabe von Haushaltsplanzahlen beitragen, wobei versucht werden soll, die zusammenfassenden Übersichten ab 1963 etwa im April/Mai herauszubringen. Im Mittelpunkt der Rationalisierungspläne steht die Neugestaltung der Jahresrechnungsstatistik, bei der mit einem laufenden Standardprogramm eine möglichst große Zahl von Konsumenten befriedigt werden soll, während in größeren Abständen Strukturdaten für wechselnde Aufgabenbereiche zu ermitteln wäre. Auf eine alljährliche breite Darstellung aller Aufgabenbereiche muß dabei verzichtet werden. Als Voraussetzung für eine geplante maschinelle Erfassung der Rechnungsergebnisse durch die Statistischen Landesämter (Verzicht auf besonderen Erhebungsbogen, Ablochung unmittelbar aus der Jahresrechnung, zumindest der größeren Gemeinden) ist eine weitgehende systematische Abstimmung zwischen Haushaltsplänen und Finanzstatistik erforderlich. Zu diesem Zweck soll der für den kommunalen Bereich verbindlich vorgeschriebene finanzstatistische Kennziffern(rahmen)plan zu einem einheitlichen detaillierten Kontenplan ausgebaut werden. Bei den Gemeinden, die ihre Buchführung auf Maschinen umgestellt haben oder künftig umstellen, kann dann die Finanzstatistik als "Abfallprodukt" anfallen.

Die inhaltliche Verbesserung der Finanzstatistik wird vor allem darin liegen, daß sie mit einer neuen Gruppierung nach Einnahme- und Ausgabearten besseres Material für die Gesamtrechnungen liefert. Die Arbeitsgemeinschaft der Innenminister der Bundesländer, die dem gesamten Vorhaben positiv gegenübersteht, will in diesem Zusammenhang auch den Vorschlag diskutieren, von den traditionellen Begriffen "ordentlicher" und "außerordentlicher" Haushalt zugunsten der Aufteilung in einen "laufenden Haushalt" (Betriebsrechnung) und einen "Kapitalhaushalt" (Vermögensrechnung) abzugehen.

Die in einem besonderen Arbeitskreis begonnenen Vorarbeiten zur Einführung einer Vermögensstatistik sind zunächst einmal an den Bewertungsfragen hängen geblieben. In den weiteren Verhandlungen muß geklärt werden, inwieweit die Länder bereit sind, die

für ihre eigenen Zwecke erforderlichen Vermögensnachweise zu vereinheitlichen und Einzelunterlagen, insbesondere über die Veränderungen ihres Geldvermögens für eine statistische Erfassung zur Verfügung zu stellen. Für die Gemeinden und Gemeindeverbände werden wahrscheinlich die Innenminister der Länder eine Vermögensrechnung einführen, bei der auch statistische Belange beachtet sind.

Der Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften äußert seine Genugtuung darüber, daß auf diesem wichtigen Gebiet der amtlichen Statistik eine positive Entwicklung im Gange ist. Der Vertreter des Niedersächsischen Landesverwaltungsamtes sieht darin, daß die Weiterentwicklung der Finanzstatistik weitgehend von der Neugestaltung des Kennziffernplans abhängt, zeitliche Schwierigkeiten im Hinblick auf das in Kürze in Kraft tretende neue Sozialhilfegesetz. Das Statistische Bundesamt wird, nachdem die Angelegenheit bereits im zuständigen Arbeitskreis besprochen worden ist, als "Vorgriff" auf den neuen finanzstatistischen Kennziffernplan in Kürze einen Vorschlag zur Gliederung und Gruppierung des Einzelplans Fürsorge vorlegen, nach dem ab 1963 verbucht werden soll.

9. Stand der Arbeiten an der Umstellung der Indices auf das Basisjahr 1958

Präsident Dr. Fürst weist noch einmal kurz auf die beiden Probleme hin, die u.a. bei den zeitraubenden Umstellungsarbeiten aufgetreten sind: die theoretisch nicht ganz einwandfrei zu lösende Einbeziehung des Saarlandes und die Notwendigkeit, für verschiedene Zwecke durchlaufende Reihen berechnen zu müssen. Während der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten die Wichtigkeit dieser Reihen für die Bedürfnisse der Praxis unterstreicht, begrüßt es der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung besonders, daß (beim Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte) nunmehr auch Paasche - Indices zur Verfügung gestellt werden sollen.

Zur Vorankündigung des neuen Basisjahres 1962 durch das Statistische Bundesamt (da für dieses Jahr umfangreiche neue Wägungsunterlagen anfallen werden z.B. aus dem Industriezensus, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe) empfiehlt der Direktor des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, so lange wie möglich bei der Basis 1958 zu bleiben und die ersten für 1962 vorliegenden Daten zunächst zur Abstützung der Gewichtung von 1958 zu benutzen. Für das Beobachten der "Abläufe", die der Index vermitteln soll, sei es notwendig, das Basisjahr für eine längere Zeit beizubehalten und dafür zu sorgen, daß im Zeitpunkt des Wechsels bereits wieder ein zeitlicher Ablauf auf der neuen Basis sichtbar gemacht werden kann. An den Indices auf der Basis 1913/14 hätte sich z.B. einmal viele Jahre hindurch die Vorstellungswelt gebildet. Selbstverständlich müßten die Reihen immer wieder überprüft und an die neuen Verhältnisse angepaßt werden. Der Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung gibt zu bedenken, daß mit den Indices ein Stück wirtschaftlicher und statistischer Historie geschaffen wird und darum auch mehr auf eine langfristige Beobachtung geachtet werden müsse.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes befürchtet, daß durch die Umstellung des Index der Einzelhandelsumsätze auf Unternehmensbasis die Kontinuität dieses Index gefährdet ist. Das Statistische Bundesamt wird einen Weg finden, den Ländern wieder die Aufstellung von Betriebs- bzw. Niederlassungsindices zu ermöglichen.

10. Zum Einsatz elektronischer Rechenanlagen

Es ist damit zu rechnen, daß die aus baulichen Gründen immer wieder verzögerte Installierung der Großrechenanlage des Statistischen Bundesamtes im Laufe des Juni 1962 vorgenommen wird. Unabhängig davon wird die Außenhandelsstatistik bereits ab Januar 1962 auf einer Großrechenanlage, und zwar bei der Deutschen Bundesbahn, aufbereitet. Der Vorsitzende dankt dem Vertreter der Bundesbahn für die entgegenkommende Hilfeleistung seiner Dienststelle. Unbefriedigend sind bei der Arbeit mit der

Anlage noch die Benutzung von Lochkarten (hier wäre evtl. an die Anschaffung eines automatischen Lesegerätes zu denken) und die Unterbrechung des Maschinenlaufs durch manuelle Berichtigungsphasen. Außerdem konnten die technischen Möglichkeiten der Anlage bis jetzt aus zeitlichen Gründen noch nicht voll ausgenutzt werden. Ungeachtet dessen bedeutet der Übergang auf die Elektronenanlagen einen großen Fortschritt, der auch vom Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für die Landesämter, die mit einheitlichen Kleinanlagen ausgerüstet sind, bestätigt wird. Ohne diese Ausrüstung wäre das umfangreiche Programm der Volkszählung in der festgesetzten Zeit überhaupt nicht durchzuführen. Andererseits begrüßt es der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes, daß das Statistische Bundesamt in seinem Bericht auch die Schwierigkeiten herausgestellt hat. Er bittet, vor allem den falschen Vorstellungen hinsichtlich des Zeiteffekts, die zum Teil durch Berichte über "Elektronengehirne" in der Öffentlichkeit entstanden sind, entgegenzuwirken.

III. Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in nationalen Organisationen und Ausschüssen

IV. Beteiligung des Statistischen Bundesamtes an der internationalen statistischen Arbeit

Nach kurzen Hinweisen auf die letzte Tagung des Arbeitskreises zur "Erörterung des statistischen Instrumentariums" und die auf europäischer Ebene (OECD) praktisch noch nicht recht weitergekommenen Versuche, die Wünsche der Marktforscher mit den Möglichkeiten der amtlichen Statistik abzustimmen, gibt der Vorsitzende einen den Amtsbericht ergänzenden Überblick über die zunehmende Belastung des Amtes durch internationale Tagungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Aufbau der EWG-Statistik unvermeidlicherweise weitergeführt werden wird und noch keinesfalls abgeschlossen ist.

Der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände betont - ebenso wie der Vertreter des Bundesverbandes

der Deutschen Industrie - das allgemein große Interesse an einer Fortführung der EWG-Erhebung über die Aufwendungen der Arbeitgeber für Löhne und Lohnnebenkosten. Er bedauert, daß das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung diese Fortführung abgelehnt hat und empfiehlt, zunächst wenigstens den ersten Teil der Erhebung (wie 1959 in 14 Industriezweigen) zu wiederholen und später einmal eine geschlossene Erhebung in der gesamten Industrie durchzuführen. Der Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung hält dagegen im Wiederholungsfall das Beibehalten des bisherigen Turnus für zweckmäßig. Auch der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften spricht sich grundsätzlich für eine Wiederholung der Erhebung aus und schlägt vor, daß die übrigen Fragen später erörtert werden.

Der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände bittet außerdem, dafür einzutreten, daß die Ergebnisse der EWG-Lohnerhebungen vor der Publikation durch die EWG für nationale Zwecke veröffentlicht werden dürfen. Ein zu langes Warten auf die mit großem Interesse erwarteten Ergebnisse (wie bei der Erhebung für 1959) könne zu einem Nachlassen der Berichtsfreudigkeit führen. Vom Statistischen Bundesamt wird auf die vertraglichen Bindungen hingewiesen und zugesagt, die EWG - wie im vergangenen Jahr - auch 1962 mit Unterstützung der Sozialpartner um die Zustimmung zu einer vorzeitigen Veröffentlichung zu bitten.

B. Berichte der Abteilungen

I. Allgemeine Organisation der Statistik, Allgemeine Auslandsstatistik

Der vom Statistischen Bundesamt im Vorjahr erstmalig herausgegebene Wirtschaftskalender hat allgemein eine gute Aufnahme gefunden. Von den Hauptinteressenten wird vorgeschlagen, den Kalender im gleichen Umfang weiterzuführen, den Jahrgang 1961

möglichst bald folgen zu lassen und künftig auch kurzfristigere (evtl. vierteljährliche) Zusammenstellungen herauszugeben. Außerdem besteht auch Interesse an der nachträglichen Herausgabe weiter zurückliegender Jahrgänge (von 1957).

Vom Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird angeregt, gelegentlich eine spanische Ausgabe des Statistischen Taschenbuches herauszubringen.

Der Beirat bittet dringend, daß sich das Statistische Bundesamt verstärkt mit den Arbeiten zur Saisonbereinigung von Zeitreihen beschäftigt. Präsident Dr. Fürst weist darauf hin, daß es sich hierbei weniger um ein mathematisches als um das sachliche Problem handelt, welche wiederkehrenden Unregelmäßigkeiten man als "Saison" ansehen und ausschalten will. Es müßten in dieser Beziehung noch eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt werden. Obwohl es bei der gegenwärtigen Personalsituation des Amtes mit größten Schwierigkeiten verbunden ist, neue Arbeiten zu übernehmen, wird versucht werden, dem einmütigen Wunsch des Beirats zu entsprechen.

Der Vertreter des Auswärtigen Amtes begrüßt die Aufmerksamkeit, die das Statistische Bundesamt der Auslandsstatistik widmet. Seinem Wunsch nach weitergehenden periodischen Veröffentlichungen von internationalem Vergleichsmaterial wird jedoch vorerst aus personellen und anderen Gründen nicht entsprochen werden können.

II. Allgemeine fachliche Koordinierung, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Die Arbeiten an der einheitlichen systematischen Zuordnung der Unternehmen und Betriebe zu den Wirtschaftszweigen bei den Großzählungen und größeren Erhebungen des laufenden Programms sind erfreulich gut fortgeschritten. Es geht jetzt vor allem darum, daß die Statistischen Landesämter ihre Erfahrungen schriftlich festhalten, damit sie später systematisch ausgewertet werden können.

Bei den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat sich die internationale Zusammenarbeit, insbesondere an der Vereinheitlichung der Gesamtrechnungen der EWG-Länder verstärkt. Eine wichtige Rolle spielen dabei zur Zeit vergleichende Untersuchungen über den Unternehmenssektor und spezielle Untersuchungen über die Konten der Landwirtschaft. Über allgemeine Fragen der Gesamtrechnungen und über den Privaten Verbrauch wurde vor kurzem im Fachausschuß "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen" diskutiert. Mit der Veröffentlichung einer groben Gliederung des Privaten Verbrauchs nach dem Verwendungszweck ist im Herbst 1962 zu rechnen. Ergebnisse über die Aufteilung der Anlageinvestitionen nach Herkunft und wichtigsten Verwendungszwecken werden in Kürze in "Wirtschaft und Statistik" mitgeteilt werden. Mit der ersten Veröffentlichung vierteljährlicher Sozialproduktzahlen ist nicht vor Herbst 1962 zu rechnen. Die Arbeiten an einem Sammelband über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden noch eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, da diese Arbeiten wegen der zusätzlichen internationalen Wünsche immer wieder zurückgestellt werden müssen.

Bei der Kostenstrukturstatistik haben sich durch die Umstellung der maschinellen Aufbereitung auf die Elektronenanlagen einige Terminverzögerungen ergeben. Als erste zusammenfassende Veröffentlichung wird Mitte 1962 der Band I "Industrie und Energiewirtschaft 1958" erscheinen. Die entsprechende Veröffentlichung für das Handwerk wird im Herbst folgen. Daran schließen sich Veröffentlichungen über das Verkehrsgewerbe und die Freien Berufe an. Mit den Erhebungen im Bereich des Großhandels und der Handelsvermittlung wird im Mai 1962 begonnen. Die Erhebung im Einzelhandel wird nicht vor Anfang 1963 durchgeführt werden können. Auf Grund zahlreicher Anfragen wird das Statistische Bundesamt die Möglichkeiten prüfen, hochgerechnete Daten der Kostenstrukturstatistik zu veröffentlichen.

III. Ernährungs- und Landwirtschaftsstatistik

Vom Statistischen Bundesamt wird berichtet, daß bei der Bodennutzungserhebung das Stichprobenverfahren des Bundesamtes durch

stärkere Berücksichtigung spezieller Fruchtarten verbessert worden ist und auch für Länder, in denen diese Fruchtarten von Bedeutung sind - wie Baden-Württemberg - voll befriedigend sein dürfte. Über das von Zeit zu Zeit dringend erforderliche Ein-schieben von Totalerhebungen wurde bereits mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingehend verhandelt. In das hierfür notwendige Änderungsgesetz sollen entsprechende feste Termine (gedacht ist an einen drei- bis vierjährigen Turnus) aufgenommen werden. Auch die zur Verbesserung der Erntestatistik erforderlichen objektiven Gewichtsermittlungen sollen durch eine Bestimmung im Änderungsgesetz ermöglicht werden. Im Zuge der Vorbereitung der neuen laufenden Landarbeitskräftestatistik wird noch überlegt, ob - abgesehen von den erwerbsmäßigen Gartenbau- und Weinbaubetrieben - auf die Einbeziehung der rd. 400 000 Betriebe unter 2 ha verzichtet werden kann. Hierfür spricht sich insbesondere der Leiter des Statistischen Amtes des Saarlandes als Vertreter der Landesamtsleiter im Fachausschuß aus. Aus der Landwirtschaftszählung 1960 werden bis Mitte 1962 sämtliche Ergebnisse des Tabellenprogramms I vorliegen. Im zweiten Halbjahr 1962 werden die Ergebnisse des Tabellenprogramms II und der Gartenbauerhebung folgen. Mit erheblicher Arbeit wird die aufgrund des Weinwirtschaftsgesetzes neu durchzuführende Weinbestandsstatistik verbunden sein.

Der Vertreter des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten dankt dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit und für die gute Zusammenarbeit. Er unterstreicht insbesondere die Notwendigkeit von Totalerhebungen bei der Bodennutzungserhebung ebenso wie die Notwendigkeit, die Ernteschätzungen durch Gewichtsfeststellungen zu untermauern.

IV. Industrie- und Handwerksstatistik

Die ersten Bundesergebnisse aus der laufenden Handwerksberichterstattung sind etwa Mitte 1962 zu erwarten. Die Handwerkszählung 1963 wird nach der Systematik der Zählung von 1956 sowie

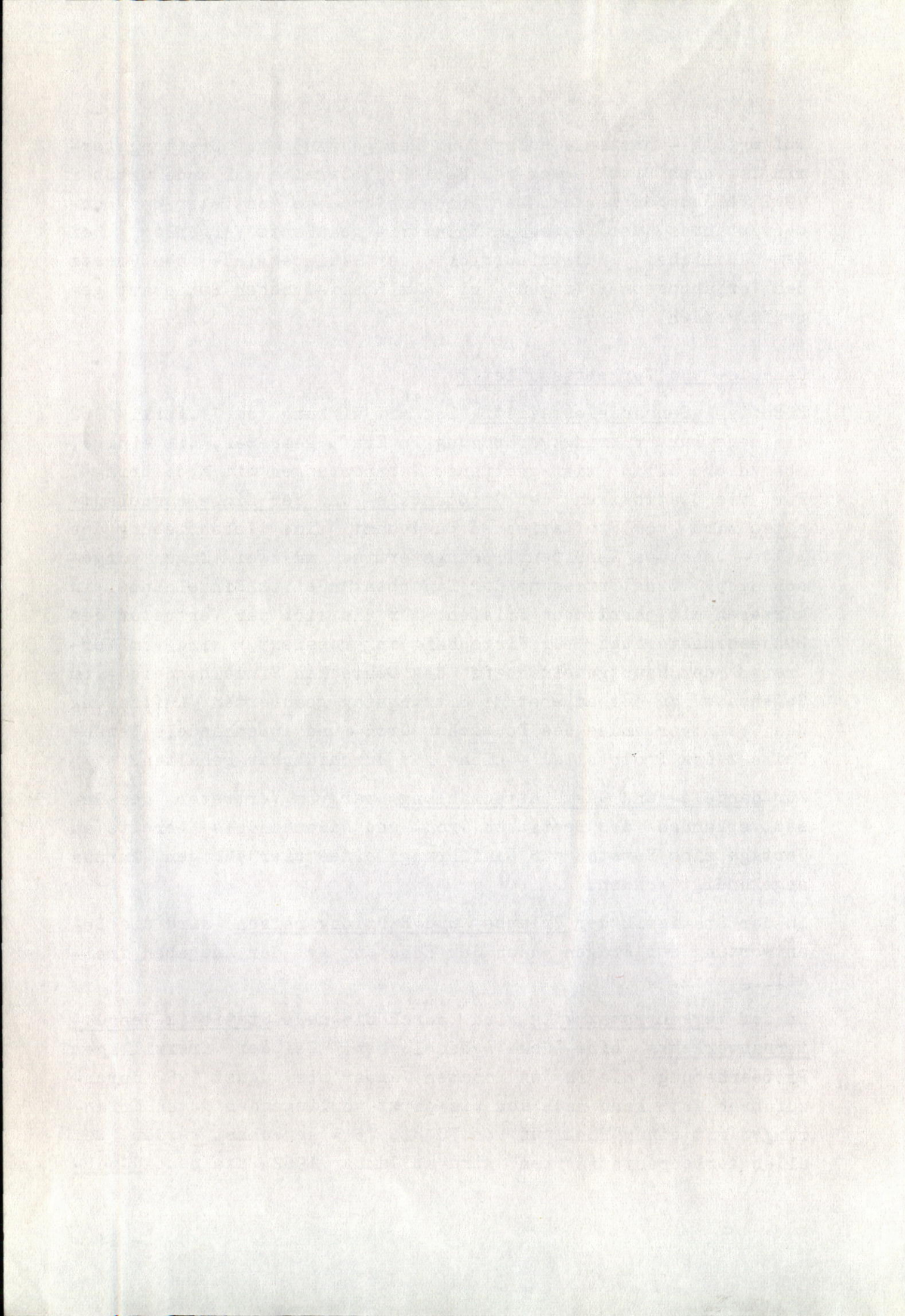
nach der neuen Systematik der Wirtschaftszweige und evtl. nach der Systematik der Vereinten Nationen aufbereitet werden. Erste Bundes- und Länderergebnisse aus der Arbeitsstättenzählung 1961 sind gegen Ende 1962 zu erwarten. Die Zusammenstellung von Bundesergebnissen aus der Umfrage der Statistischen Landesämter über die Nettoproduktionswerte für 1958 wird sich wahrscheinlich aus arbeitsmäßigen Gründen im laufenden Jahr nicht mehr durchführen lassen. Ein besonderes Problem stellt die Verbesserung der Auswahl von Fortschreibungsreihen aus dem Produktions-Eilbericht dar. Mit der gelegentlich erörterten Berechnung eines zweiten längerfristigen Index, nach dem sich der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft erkundigt, ist wegen der damit verbundenen Problematik noch nicht begonnen worden.

Präsident Dr. Fürst stellt fest, daß der laufende Index der industriellen Nettoproduktion zum ersten Mal seit seiner Berechnung nicht termingemäß zusammengestellt werden konnte, da nur rd. 60 % der Meldungen rechtzeitig vorgelegen haben. Damit sei das Statistische Bundesamt angesichts der derzeitigen Wirtschaftssituation in eine besonders schwierige Lage gekommen. Er richtet daher an die Verbandsvertreter die Bitte, auf die Berichtsfirmen entsprechend einzuwirken, und appelliert an die Statistischen Landesämter, alle Anstrengungen zu unternehmen, daß dieser wichtige Termin eingehalten werden könne. Die Leiter der Statistischen Landesämter berichten überwiegend, daß es immer schwieriger werde, die Meldungen von den Betrieben her einzubekommen, und ein großer Teil der Meldungen ständig telefonisch eingeholt werden müsse. Auch ihrer Auffassung nach könnten die Verbände hier eine gewisse Aufklärungsarbeit leisten. Ihrer Auffassung nach liege der Termin für die Betriebe jedoch um etwa 2-3 Tage zu früh. Zu der Frage einer evtl. Verschiebung des Termins weist der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft auf den großen Kreis der Interessenten hin. Er empfiehlt, falls die zunehmende Berichtssäumigkeit hauptsächlich auf die Termingestaltung zurückzuführen sei, dem Bundesministerium für Wirtschaft einen entsprechenden zusammenfassenden Bericht des Statistischen Bundesamtes zuzuleiten,

der dann mit allen zuständigen Stellen erörtert werden könnte. Außerdem bittet er, die Schätzungen bei Fehlmeldungen nach einem einheitlichen Verfahren durchzuführen. Der Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie bittet, die Verbände nicht zu überfordern. Er schlägt zusätzlich vor, daß das Bundesministerium für Wirtschaft in der Öffentlichkeit stärker den Zusammenhang zwischen Produktions-Eilbericht und Produktionsindex herausstellt. Außerdem sollten in den Veröffentlichungen die berichtigten Werte stärker herausgehoben werden. Auch der Vertreter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften spricht sich für eine Terminverschiebung um 2 Tage und damit vor allem auch für eine Verbesserung der - oft nur geschätzten - Ergebnisse aus. Er empfiehlt zu prüfen, ob dafür evtl. die Auftragseingangsstatistik, die für die Konjunkturdiagnose von großer Wichtigkeit sei, etwas vorgezogen werden könnte.

Vom Vertreter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung wird die Neuberechnung des Produktionsindex als immer dringender herausgestellt. Da die Umstellung auf die Basis 1958 vorerst noch nicht möglich ist, wird im Statistischen Bundesamt überlegt werden, ob bis dahin eine Zwischenlösung für die arbeitstäglige Umrechnung gefunden werden kann.

Der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz erinnert daran, daß das Statistische Bundesamt auf der Amtsleiterkonferenz im März 1962 zugesagt hatte, sich um die Genehmigung zur Verlegung der Zusatzerhebung 1962 zum Industriebericht (Wasserversorgung der Industrie 1961, Rechtsform der Unternehmen, Aufgliederung der Beschäftigtenzahlen des Industrieberichts, Eingruppierung der Betriebe von Vertriebenen und Deutschen aus der sowjetischen Besatzungszone) auf 1963 zu bemühen. Er weist außerdem darauf hin, daß der im Amtsbericht genannte Abschlußtermin (Ende Juli 1962) für die maschinelle Aufbereitung der Arbeitsstättenzählung von seinem Amt nicht eingehalten werden kann. Das Statistische Bundesamt wird die Frage der Verschiebung der Zusatzerhebung - allerdings ohne große Hoffnung



auf Erfolg - nochmals aufwerfen. Der genannte Aufbereitungstermin ist nach Drucklegung des Berichts bereits auf Ende Oktober 1962 verschoben worden. Der abschließend vom Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie geäußerte Vorschlag, bei dem jährlichen Industriebericht der Kleinbetriebe den Umsatz des Vorjahres zu erfragen, wird im Statistischen Bundesamt geprüft werden.

V. Handels- und Verkehrsstatistik

Für die Außenhandelsstatistik ist mit Wirkung vom 11. April 1962 die neue Durchführungsverordnung in Kraft getreten, die einige, aber nicht allzu tief greifende Veränderungen mit sich bringt. Für die Statistiken der Großhandels- und der Einzelhandelsumsätze wird vom Statistischen Bundesamt eine Verschiebung des Melde- und des Veröffentlichungstermins um zwei Tage vorgeschlagen. Eine Erfassung der Lagerbestände im Einzelhandel in kürzeren als jährlichen Fristen, für die sich der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft interessiert, wird vom Vertreter der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels - im Gegensatz zu der am ersten Sitzungstag geäußerten Auffassung des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (siehe Seite 2 des Protokolls) - nicht für durchführbar gehalten.

Zur Handels- und Gaststättenzählung war vom Vertreter des Gesamtverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels bereits am Vortage ein Vorstoß zur Einführung eines vierjährigen Turnus angekündigt worden.

In der Statistik der Urlaubs- und Erholungsreisen wird die Beantwortung der Fragen nach der Höhe und Art der Ausgaben freiwillig sein.

In der Verkehrsstatistik wird durch die neue Statistik des Güternahverkehrs eine Lücke geschlossen. Bei der freiwilligen Probeerhebung, die in den Monaten Januar bis August 1962 durchzuführen ist, kann nach den bis jetzt vorliegenden guten Erfahrungen mit einem Rücklauf von 70 bis 75 % gerechnet werden. Bei allen Verkehrsstatistiken wird ab Januar 1962 das neue Güter-

verzeichnis angewandt. Ergebnisse der Statistik der Gemeindestraßen liegen noch nicht von allen Ländern vor. Der Katalog der Unfallursachen in der Straßenverkehrsunfallstatistik ist von 60 auf 80 Ursachen erweitert worden. Für den Verkehrszensus werden in Kürze die Probedrucke der Fragebogen erwartet.

Zu der vom Leiter des Bayerischen Statistischen Landesamtes in diesem Zusammenhang angeschnittenen Rechtsfrage der Feststellung der Verkehrsunfälle von Kindern im Rahmen des Mikrozensus hat das Statistische Bundesamt bereits schriftlich Stellung genommen.

VI. Statistik der Preise, Löhne und Wirtschaftsrechnungen, des Wohnungs- und des Sozialwesens

Die Werbung der Haushalte für die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe hat - wenn auch mit Unterschieden in den einzelnen Bevölkerungsgruppen - gute Erfolge gezeigt. Auch haben sich gewisse Befürchtungen des Ausscheidens vieler Haushalte nach den ersten Interviews nicht bestätigt.

Für die in Verbindung mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorgesehene Ermittlung des sogenannten "Vergleichslohns" für Zwecke des "Grünen Berichts" ergeben sich dadurch Schwierigkeiten, daß die Fragen nach der Arbeitszeit und nach der Tarifgruppe nicht durch das Gesetz abgedeckt sind. Der Leiter des Bayerischen Statistischen Landesamtes hat daher aus rechtlichen Gründen (Frage der Zulässigkeit des Anhängens von freiwillig zu beantwortenden Fragen an eine gesetzlich angeordnete Erhebung) bereits erhebliche Bedenken angemeldet. Auch Präsident Dr. Fürst ist der Auffassung, daß es richtiger wäre, in diesem Fall eine besondere Rechtsgrundlage zu schaffen, solange das Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke noch keine andere Möglichkeit offenläßt.

Auf dem Gebiet der Lohnstatistik besteht ein wesentlicher Mangel darin, daß die Statistik zu wenig über die Differenz zwischen den Effektivverdiensten und den Tariflöhnen aussagen kann. Das Statistische Bundesamt wird daher von den Vertretern

der Bundesministerien für Wirtschaft sowie für Arbeits- und Sozialordnung und von den Vertretern der Sozialpartner gebeten, sich dieser Frage zuzuwenden und sich zumindest um eine methodische Angleichung der Verdienst- und Tariflohn-Indices zu bemühen, um wenigstens unterschiedliche zeitliche Entwicklungen nachzuweisen, wenn es schon nicht möglich ist, die Differenz selbst laufend zu beobachten.

Das Bundesministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung hat schriftlich mitgeteilt, daß auf Grund des im Juli 1962 in Kraft tretenden Gesetzes über die neuen Wohnungsbeihilfen statistische Untersuchungen über Zahl, Miete und Einkommen sowie soziologische Zusammensetzung der Beihilfeempfänger erforderlich sein werden.

Erste Ergebnisse aus den wohnungsstatistischen Feststellungen 1961 werden um die Jahresmitte 1962 zur Verfügung stehen. Zu dem im Amtsbericht angekündigten Versuch, bei der Feinaufbereitung zur 1 %-Wohnungserhebung 1960 u.a. auch einzelne Wohnungsmärkte herauszukristallisieren, bittet die Vertreterin des Gesamtverbandes gemeinnütziger Wohnungsunternehmen, diese Arbeiten nicht nur auf regionale, sondern auch auf Typenmärkte abzustellen. Ob, wie ebenfalls vorgeschlagen, aus der Statistik der Grundstückspreise absolute Zahlen für bestimmte Typen und in regionaler Gliederung gegeben werden können, ist noch unbestimmt, wird jedoch angestrebt.

An dem Verfahren für den Nachweis der Empfänger der Sozialhilfe wird noch gearbeitet.

VII. Finanz- und Steuerstatistik

Die Fragen der Weiterentwicklung der Finanzstatistik wurden im Allgemeinen Teil behandelt.

Die für 1963 geplante Personalstrukturerhebung, die zusätzliche Aufschlüsse vor allem über die Altersgliederung sowie über die Vor- und Ausbildung der Beamten und Angestellten vermitteln soll, wird vom Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sehr begrüßt. Als Rechtsgrundlage wird frühzeitig ein Gesetz vorberei-

tet werden, da die Kosten dieser einmaligen Statistik über 500 000 DM betragen. Es ist vorgesehen, auch die Versorgungsempfänger mit zu erfassen.

Der Leiter des Hessischen Statistischen Landesamtes gibt zu bedenken, daß auf die Weiterführung der Umsatzsteuerstatistik ab 1963 nicht verzichtet werden kann. Auch das Statistische Bundesamt bittet den Beirat, für das Fortführen dieser wichtigen Unterlage für die Sozialproduktberechnungen einzutreten. Der Vertreter des Bundesministeriums der Finanzen betont das originäre Interesse seines Ministeriums an dieser Statistik, da z.B. für Maßnahmen der Steuerpolitik entsprechende Zahlen laufend benötigt wurden. Auch der wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium der Finanzen hat die Beibehaltung eines jährlichen Turnus für diese Statistik befürwortet.

VIII. Bevölkerungs- und Kulturstatistik

Vom Statistischen Bundesamt werden die ersten Hauptergebnisse der Volkszählung 1961 mitgeteilt. Die neuen Bevölkerungszahlen, die für Bund und Länder jeweils insgesamt und nach dem Geschlecht vorliegen, stimmen im allgemeinen gut mit den Fortschreibungsergebnissen überein. Das Zählungsergebnis liegt mit rd. - 190 000 Personen lediglich um 0,3 % unter der Fortschreibung. Das Problem der durchlaufenden Reihe wird noch mit den Amtsleitern besprochen werden.

Im Zuge der gebietsweisen Aufbereitung des Zählungsmaterials werden Ergebnisse aus dem regionalen Mitteilungsprogramm I. Stufe oder "Sofortprogramm" ab August 1962 bis Frühjahr 1963 anfallen. Erst danach können Zahlen für das gesamte Bundesgebiet zusammengestellt werden. Die Arbeiten an der Haushalts- und Familienstatistik werden 1962/63 durchgeführt werden. Eine neue Vorausberechnung der Bevölkerung wird erst vorgenommen, wenn (voraussichtlich im Sommer 1963) neue Angaben über die Altersgliederung der Bevölkerung vorliegen.

Die Arbeiten im Zusammenhang mit der Mikrozensuserhebung vom Oktober 1960 als Teil der Arbeitskräftestichprobe der EWG sind

abgeschlossen. Aus der Befragung vom Oktober 1961 liegen die Ergebnisse für ein Land vor, eine vollständige Übersicht wird in der zweiten Juli-Hälfte 1962 gegeben werden können. Das Statistische Bundesamt bittet, evtl. Wünsche zur Erfassung von zusätzlichen Merkmalen künftig rechtzeitig anzumelden.

Der Vertreter der Deutschen Bundesbank bittet den Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, gelegentlich die Definitionen in der Arbeitsmarktstatistik auf notwendige Änderungen zu überprüfen.

Zur Bewährungshilfestatistik hat sich der Leiter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz wegen der geringen Zahl der Fälle für die rationellere zentrale Aufbereitung im Statistischen Bundesamt ausgesprochen. Präsident Dr. Fürst erklärt sich damit einverstanden. Auf Wunsch der Leiter der Statistischen Landesämter von Baden-Württemberg und Bayern soll diese Frage auf der Landesamtsleitertagung jedoch noch im Juni 1962 besprochen werden.

In Ergänzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur weiteren Entwicklung der Kulturstatistik müßte nach Auffassung des Leiters des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz für die nächsten Jahre ein konkretes Programm aufgestellt werden.

Die wichtigsten Fragen zu Punkt

IX. Mitteilungen aus der Verwaltung des Amtes

wurden bereits im "Allgemeinen Teil" behandelt.

Der Punkt

C. Tätigkeit des Bundeswahlleiters

sollte lediglich der Information der Beiratsmitglieder dienen.

Der Vorsitzende schließt die Tagung mit dem Dank für das bekundete große Interesse an den Arbeiten des Statistischen Bundesamtes, das wieder zahlreiche Anregungen entgegennehmen konnte. Auf Wunsch des Beirats wird das Statistische Bundesamt wieder eine Mitteilung an die Presse über diese Tagung herausgeben. Der Wortlaut dieser Verlautbarung wurde inzwischen in den "Informationen aus der amtlichen Statistik", Nr. 9/1962, mitgeteilt.

I.

N o t i zBetr.: Konsequenzen der Beiratstagung am 8./9. Mai 1962Abt. I

- (X) 1. Ergänzungsgesetz zum Statistischen Gesetz (u.a. Kostengrenze bei Rechtsverordnungen, Geheimhaltung, Auskunftspflicht, Supranationale Organisationen)
- (X) 2. Weiterführung der methodischen Überlegungen zur Ausschaltung von Saisonschwankungen
- (X) 3. Vierteljährlicher Wirtschaftskalender und Weiterführung des jährlichen Kalenders
- 4. Einbau von Hinweisen auf methodische Beiträge in die Veröffentlichungen
- 5. Einführung eines Stichwortregisters im Veröffentlichungsverzeichnis
- 6. Herausgabe einer spanischen Ausgabe des Taschenbuchs
- X 7. Vorarbeiten zu Berichten über Entwicklungshilfe
- 8. Öffentlichkeitsarbeit zur Berichtigung der zahlreichen falschen Vorstellungen über den Zeitgewinn durch elektronische Rechanlagen

Abt. II

- 1. Zusammenstellung von Unterlagen über die Einkommens- und Vermögensbildung nach bestimmten Bevölkerungsgruppen (Bekanntgabe wenigstens von Teilergebnissen vor den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe)
- 2. Versuch der Hochschätzung der Kostenstrukturstatistik
- 3. Zusammenfassende Veröffentlichung über Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
- 4. Privater Verbrauch nach Verwendungszwecken
- (X) 5. Vierteljährliche Sozialproduktszahlen

Abt. III

Prüfung, ob bei Landarbeitskräftestatistik auf Einbeziehung der Betriebe bis zu 2 ha verzichtet werden kann

- Abt. IV - 1. Einrichtung einer Lagerbestandsstatistik
2. Öffentlichkeitsarbeit für Industriezensus
 3. Feststellung des Jahresumsatzes der Kleinbetriebe bei der jährlichen Totalerhebung
 4. Produktions-Eilbericht - Produktions-Index
 - a) Anwendung eines einheitlichen Schätzverfahrens bei Fehlmeldungen zum Eilbericht
 - b) Klärung der Terminfrage beim Prod.-Eilbericht bzw. für Index (kein konkretes Ergebnis auf der Tagung)
 - c) Öffentlichkeitsarbeit: stärkeres Hervorheben des Zusammenhanges zwischen Prod.-Eilbericht und Prod.-Index
 5. Überlegungen zur Verbesserung der arbeits-täglichen Berechnung des Prod.-Index
 6. Evtl. Verzicht auf Zusatzerhebung 1962
 7. Handwerkszählung 1962 im ^(größeren) Umfang auf Stichprobenbasis

Abt. V - Weiterführung der Umsatzmeßziffern für Betriebe im Groß- und Einzelhandel

- Abt. VI - 1. Prüfung der Möglichkeit, die Indices der Effektiv- und der Tariflöhne einander anzugleichen
2. Fortsetzung der EWG-Arbeitskostenerhebung nach 1962
3. Klärung der Rechtsfrage für Vergleichslohn-erhebung im Rahmen der Einkommens- und Ver-
brauchsstichprobe
 4. Evtl. Feststellung der soziologischen Zusammen-
setzung der Empfänger von Wohnungsbeihilfen
(wegen einiger Wünsche zur Bau- und Wohnungssta-
tistik muß noch rückgefragt werden)

- Abt. VII - 1. Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Personalstrukturerhebung
2. Fortsetzung der laufenden Umsatzsteuerstati-
stik ab 1963

- Abt. VIII - 1. Rückrechnung der Vz-Ergebnisse
(Besprechung des Problems der durchlaufenden
Reihen mit den Landesamtsleitern)
2. Aufstellung eines konkreten Programms für die
Kulturstatistik in den nächsten Jahren

II. Herrn Dr. Szameitat als Unterlage für die Abteilungsleiterbespre-
chung vorzulegen.

Jules 18.5.

Wiesbaden, 14. Dezember 1962

Unterlage für die Abteilungsleiterbesprechung am 20. Dezember 1962

Herrn

Präsident Dr. Fürst
und allen Abteilungen

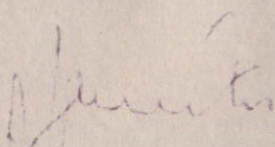
Durchdruck der abgesandten Reinschrift

im Hause

Betr.: Konsequenzen der Beiratstagung 1962;
hier: Stand der Erledigungen Anfang Dezember 1962

Als Unterlage für die nächste Abteilungsleiterbesprechung am 20. Dezember wird beiliegend eine Übersicht übermittelt, aus der die noch nicht erledigten Punkte der Beiratstagung 1962 zu ersehen sind.

Anlage


Dr. Szameitat

Konsequenzen der Beiratstagung vom 8./9. Mai 1962

Stand der Erledigungen Anfang Dezember 1962

Nach dem derzeitigen Stand ergeben sich aus der Beiratstagung 1962 noch folgende Erledigungen:

1. Vervollständigung des statistischen Instrumentariums
(Punkt A I 1 des Protokolls)

- a) Die zweckmäßige Methode für die kurzfristige Erfassung der Lagerbestände muß noch weiter überlegt werden. Die Frage der Ergänzung der Auftragseingangstatistik durch eine Ermittlung der Auftragsbestände müßte zunächst vom BMWi aufgegriffen werden.

2. Veröffentlichungen
(Punkt B I des Protokolls)

Mit der Herausgabe vierteljährlicher Wirtschaftskalender ist ab Mitte 1963 zu rechnen.

3. Mathematisch-statistische Methoden
(Punkt B I des Protokolls)

Untersuchungen zur Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten in Produktionsreihen sind durchgeführt worden. Eine Besprechung zwischen den Abteilungen I, II und IV über die Ausarbeitung steht noch aus.

4. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
(Punkt B II des Protokolls)

- a) Die Veröffentlichung über den Privaten Verbrauch nach Verwendungszwecken ist für das März-Heft von "Wirtschaft und Statistik" vorgesehen worden.

II b) Vierteljährliche Sozialproduktzahlen können erst nach Überprüfung der Sozialproduktberechnungen veröffentlicht werden. Die Überprüfung wird mit Ende des I. Vierteljahres 1963 abgeschlossen werden.

II c) Die Veröffentlichung über die Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen soll ebenfalls nach Überprüfung der Sozialproduktberechnungen mit den neuen Zahlen für 1950 bis 1962 erscheinen.

5. Kostenstrukturstatistik
(Punkt B II des Protokolls)

II Es ist vorgesehen, ausgewählte Totalergebnisse für eine Reihe von Industrie- und Handwerkszweigen für 1958 in das Statistische Jahrbuch 1963 aufzunehmen.

6. Finanz- und Steuerstatistik
(Punkt B VII des Protokolls)

a) Die Frage der Einbeziehung der Versorgungsempfänger in die Personalstrukturerhebung 1963 muß noch abschließend geprüft werden.

b) Die Frage der Fortsetzung der jährlichen Umsatzsteuerstatistik 1962 ist noch nicht entschieden.